
FDP Bad Vilbel

SCHWARZ GELB IN BAD VILBEL PRÜFT WERKSWOHNUNGEN FÜR STÄDTISCHE MITARBEITER

09.12.2018

Utter/Hahn : Arbeitgeber gerade im RheinMain Gebiet immer mehr gefordert!!!

In einem eigenen Antrag zu der Sitzung des Sozialausschuss am kommenden Mittwoch wird die Koalition von CDU und FDP den Magistrat bitten, zur Erreichung des Ziels der Bereitstellung von günstigem Wohnraum für städtische Mitarbeiter grundsätzlich zu prüfen, ob sich ein praktikables Konzept von Werkswohnungen in Bad Vilbel aufstellen und umsetzen lässt. „Wir reagieren damit auch auf den Antrag der SPD, Wohnungen für städtische Erzieherinnen zur Verfügung zu stellen. Dass greift natürlich viel zu kurz, uns fallen spontan nicht nur die Feuerwehr, sondern auch Mitarbeiter des Bauhofs und des Grünamtes ein,“ so die Erklärung der Fraktionsvorsitzenden Irene Utter für die CDU und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP).

Nicht nur größere Unternehmen, sondern auch immer mehr Mittelständler würden sich derzeit mit diesem Thema beschäftigen. „Bei der Werbung neuer Mitarbeiter, aber auch bei der Bindung an den Arbeitgeber wird das Thema günstiger Wohnraum im Rhein Main Gebiet immer wichtiger. Da kann die Stadt sich nicht ausklinken,“ so Utter und Hahn weiter.

Für die CDU und die FDP sei wichtig, dass die konkreten juristischen und fachlichen Fragen detailliert geklärt werden. Ziel müsse es sein, das Mietrecht direkt an das Arbeitsverhältnis zu binden und den Mietzins regelmäßig dem Einkommen anpassen zu können. Deshalb werde zwischen Werksmiet- und Dienstwohnungen zu unterscheiden, dazu brauche man auch konkrete Parameter an die konkreten Arbeitsverträge und die Einkommensgrenzen. Steuerliche Fragen seien ebenfalls, so die beiden Fraktionschefs, auf der Prüfungsliste.

„Wenn unser Magistrat ein überzeugendes Konzept findet, können wir uns sogar vorstellen, dass eines der in der Planung befindlichen Bauprojekte kurzfristig für Werkwohnungen genutzt werden könnte,“ so Irene Utter und Jörg-Uwe Hahn für die CDU und FDP Koalition.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn MdL Staatsminister a. D. Rechtsanwalt